

déi Lénk:

JA zu den 5 Prüfsteinen des Nachhaltigkeitsrates

Der Conseil Supérieur du Développement durable (CSDD) hat sich an die politischen Parteien gewandt mit einem kommentierten Katalog von 5 Prüfsteinen, die sich auf die nachhaltige Politik beziehen. déi Lénk haben die Prüfsteine untersucht – und können allen zustimmen. In 3 von 5 Fällen enthält das Wahlprogramm von „déi Lénk“ eine präzise positive Antwort, die anderen 2 entsprechen der Logik dieses Programms, auch wenn sie nicht so explizit formuliert sind.

Prüfstein 1: Nachhaltigkeitsparameter für landwirtschaftliche Betriebe

So steht es zwar nicht ausdrücklich in unserem Programm, aber der Vorschlag obligatorischer Nachhaltigkeitsparameter für landwirtschaftliche Betriebe entspricht unseren Überlegungen und Forderungen zu Umwelt und Nachhaltigkeit. Wir sind also mit dem Vorschlag des Nachhaltigkeitsrates einverstanden. (Siehe unser Programm, Kapitel 10: *Natur und Umwelt schützen statt gratis ausbeuten*) Zu diskutieren wäre, wie sich dies auf die Verbraucherpreise auswirken wird, und wie wir in der Frage des Zugangs zu einer gesunden Ernährung die soziale Gerechtigkeit berücksichtigen werden. Wir fragen uns außerdem, ob nicht ähnliche Parameter für alle wirtschaftlichen Aktivitäten eingeführt werden sollten - im gleichen Sinn wie der vom Rat empfohlene „Nachhaltigkeits-Check“ für politische Entscheidungen auf der Ebene der Regierung und des Parlaments, wobei zu ergänzen wäre: auch der Gemeinden.

Prüfstein 2: Wahlrecht für Ausländer/innen

Es ist eine Tatsache, dass das allgemeine Wahlrecht in Luxemburg nicht mehr besteht, wenn fast die Hälfte der hier wohnenden Bevölkerung davon ausgeschlossen ist. Es sind ausgerechnet die „subalternen“ Schichten der Bevölkerung, die Lohnabhängigen im Privatsektor, denen dieses elementare demokratische Recht vorenthalten ist. Die soziale Ungleichheit spiegelt sich so noch einmal auf der Ebene der demokratischen Rechte ab. Die vielbesprochene „Integration“ der ausländischen Bevölkerung muss vor allem eine Integration über Rechte sein. Nicht die ethnische Zugehörigkeit, sondern das Verfassungsgebiet muss die Geltung gleicher Rechte bestimmen. Daher fordern wir ausdrücklich in unserem Programm das nationale Wahlrecht für alle Einwohner („*citoyenneté de résidence*“; siehe Kapitel 15: *Die Demokratie erneuern*). Wir schlagen aber auch vor, neue Formen partizipativer Demokratie zu fördern. Es ist für uns selbstverständlich, dass dabei auch die Beteiligung der nichtluxemburgischen Bevölkerung entschieden ermutigt wird.

Prüfstein 3: Ungleichheitsbericht

Die soziale Gerechtigkeit – sprich: gleiche Rechte für alle – ist der durchgehende Leitfaden unserer Programmatik. Wir hatten bereits in unserem Wahlprogramm von 2004 eine „Statistik der Einkommensstruktur“ und neben der Armutsforschung auch „Reichtumsforschung“ verlangt. (*Wahlprogramm 2004: Kapitel 3: Den Reichtum umverteilen*). In unserem Gutachten zum Gesetzprojekt über die Sozialhilfe (März 2008) haben wir dann ausdrücklich eine regelmäßige Ungleichheitsberichterstattung vorgeschlagen, verbunden mit einer globalen Strategie zum Abbau dieser Ungleichheiten.

Zu den Forderungen aus diesem Gutachten gehörten:

„Rapport annuel (ou au moins bisannuel) sur l'évolution de la pauvreté, de la richesse et des formes multiples de l'inégalité (« Ungleichheitsbericht »), suivi d'un débat public sur les facteurs déterminants de cette évolution et sur les mesures à prendre pour la corriger, si nécessaire“ und

„Programme global de lutte contre la pauvreté et les inégalités à élaborer avec les acteurs institutionnels et associatifs.“ (*Projet de loi organisant l'aide sociale, N° 5830, Une réforme nécessaire, mais non suffisante, Avis de „déi Lénk“, 17 mars 2008*)

In unserem Wahlprogramm 2009 stellen wir fest: *„Die statistische Armut ist nur ein extremer Aspekt der sozialen Ungleichheit in ihren vielen Dimensionen: Einkommen, Bildung, Teilhabe am öffentlichen Leben und an den wirtschaftlichen und politischen Entscheidungen, Verfügung über die Zeit... Die Analysen dieser Ungleichheiten sind ebenso unzureichend wie die Strategien zu ihrer Überwindung.“* Und wir fordern: *„Die Anfertigung von Ungleichheitsberichten: eine regelmäßige Untersuchung der sozialen Ungleichheiten und ihrer Entwicklung (Ungleichheitsberichte) mit entsprechenden Strategien zu ihrem Abbau.“* (*Kapitel 2: Von oben nach unten verteilen*)

Die Frage der Armut und der sozialen Ungleichheit ist nicht nur eine Frage des Einkommens ist, sondern hat vielfache, miteinander verbundene Dimensionen. Eine Politik sozialer Nachhaltigkeit muss also (ebenso wie in der ökologischen Frage) eine transversale Politik sein.

Prüfstein 4: flächendeckende Ganztagschulen

Ein zentrales Ziel des Bildungswesens muss auch der Abbau sozialer Ungleichheiten sein, also die besondere Förderung der Kinder aus sozio-kulturell benachteiligten Schichten. Diese Förderung muss so früh wie möglich beginnen, und sie muss systematisch organisiert werden. Das ist nur möglich, wenn die Schule auch außerhalb der eigentlichen Unterrichtsstunden vielseitige und differenzierte Förderprogramme anbietet. Wir sind also mit der Forderung eines flächendeckenden Angebots an Ganztagschulen bis (spätestens!) 2019 einverstanden - (*Siehe unser Programm, Kapitel 7: Eine Schule für alle*) selbstverständlich mit qualifiziertem Erziehungspersonal. Die Ganztagschule soll eine enge Zusammenarbeit mit den Eltern pflegen, ihnen helfen, ohne sie aus der erzieherischen Verantwortung zu entlassen. Die Ganztagschule soll auch so organisiert sein, dass den Kindern und Jugendlichen die Möglichkeit außerschulischer Aktivitäten (Musik, Sport ...) erhalten bleibt. Eine regelmäßige Evaluierung (vor allem in der Frage der „Chancengleichheit“) ist auch unabdingbar. Das

gleiche Ziel höherer Bildungsgerechtigkeit begründet auch unsere Forderung nach einer Gesamtschule bis zum Ende der Schulpflicht.

Prüfstein 5: Finanzieller Modal-Split in der Transportpolitik

Der „finanzielle Modal-Split“ von $\frac{3}{4}$ zu $\frac{1}{4}$ steht zwar nicht in dieser quantifizierten Form in unserem Programm. Aber die Vorschläge zu einer Umorientierung der Transportpolitik (*Siehe Kapitel 9: Für eine moderne, nicht-profitorientierte Transportpolitik*) betonen die Priorität des öffentlichen Transports (des Personen- wie auch des Gütertransports) wie auch der nichtmotorisierten Mobilität (Fahrrad- und Fußgängerwege...), so dass der Vorschlag des CSDD in unsere Logik passt. Die Frage der Mobilität ist nicht nur eine Frage des Umwelt- und Klimaschutzes, es ist für uns auch eine soziale Frage. Auch in der Frage der Mobilität gilt es, die erhebliche soziale Ungleichheit so abzubauen, dass gleichzeitig die ökologische Belastung drastisch verringert wird.

Wir erlauben uns, dem CSDD beiliegend unser Programm wie auch (vor allem zum Prüfstein 3) unser Gutachten zum Gesetzprojekt Sozialhilfe zu schicken.